

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 19.05.2020

Tagungsort: Volkshochschule - Historischer Saal - 3. Etage
(Ravensberger Park 1, 33602 Bielefeld)

Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 20:15 - 20:30 Uhr
Ende: 21:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Franz Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Heckeroth
Herr Henningsen
Herr Langeworth 2. stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Meichsner Fraktionsvorsitzender

SPD

Herr Bevan
Frau Rosenbohm Bis 20:05 Uhr anwesend
Herr Suchla Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gutknecht Fraktionsvorsitzender
Herr Gutwald 1. stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Kleinekathöfer Bis 19:55 Uhr anwesend
Frau Zeitvogel

BfB

Herr Wolff

FDP

Herr Tewes

Die Linke

Frau Krüger
Herr Ridder-Wilkens Fraktionsvorsitzender

Nicht anwesend:

Herr Löseke Bündnis 90/Die Grünen
Herr Linde Die Linke
Frau Mertelsmann SPD

Von der Verwaltung

TOP

Herr Preissler	Amt für Verkehr	6.1
Frau Aron	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention	6.4, 6.7
Frau Rose	Bauamt	6.6
Herr Finke	Umweltbetrieb	7
Herr Kunert	Amt für Schule	8
Herr Kricke	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates	
Herr Tobien	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates, Schriftführer	

Gäste:

Herr Homburg	Envue Homburg Licht GmbH	6.1
Herr Tacke	Hempel + Tacke GmbH	6.6

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Franz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 60. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Gutknecht bedauert, dass die Bezirksvertretung Mitte während der Phase der Corona-Allgemeinverfügung nicht stärker in die politische Beratung anderer Gremien eingebunden worden sei. Er schlägt vor, nachzuhalten, welche Vorlagen ohne vorherige Beteiligung der Bezirksvertretung Mitte beschlossen worden seien.

Zur Tagesordnung fasst die Bezirksvertretung sodann folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 6.3 (Einbahnstraßenregelung Falkstraße) und 6.6 (Neuaufstellung Bebauungsplan Stadtheider Straße) werden in erster Lesung behandelt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Eine Anwohnerin der Elbreite geht auf den geplanten Umbau der Heeper Straße ein und schildert die insbesondere für ältere Menschen und Kleinkinder schwierige Verkehrssituation, wenn diese in Richtung Elbreite zu überqueren sei. Sie fragt nach, ob auf der Heeper Straße in Höhe der Hausnummer 278 eine Querungshilfe eingerichtet werden könne. Weiterhin nimmt sie Bezug auf einen Pattweg von der Heeper Straße, Höhe des Hauses Nr. 248, zu den Stauteichen und erkundigt sich, ob hier aufgrund der von ihr beobachteten Müllablagerungen Abfalleimer aufgestellt werden könnten.

Herr Franz berichtet, dass es eine Grundsatzentscheidung zum Umbau der Heeper Straße gebe und die darauf aufbauende Ausführungsplanung erst noch erstellt würde. Er werde die Hinweise an das Amt für Verkehr und den Umweltbetrieb weitergeben.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 59. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 30.04.2020**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 59. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 30.04.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Offenlegung der Lutter in der Ravensberger Straße**

Das Umweltamt teilt zu TOP 10 der 57. Sitzung der BV Mitte mit:

In der Sitzung der BV Mitte am 20.02.2020 erklärte Herr Beigeordneter Moss, dass im Zusammenhang mit der Offenlegung der Weser-Lutter die oberirdische Gestaltung noch den politischen Gremien vorgestellt würde. Dazu teilt das Umweltamt nun ergänzend mit:

Die oberirdische Gestaltung der Offenlegung der Weser-Lutter ist nicht Bestandteil der Ausschreibung Ausbau Ravensberger Straße. Diese beinhaltet ausschließlich die konstruktiven und technisch notwendigen Arbeiten am Gerinne. Die Auskleidung des Gerinnes einschließlich Bepflanzung und Gestaltung der Aufweitungen werden in eine separate Ausschreibung im Frühjahr 2021 aufgenommen. Hierzu ist folgender Verfahrensablauf geplant:

Die Ausführungsplanung zur Gestaltung der offenen Weser-Lutter in der Ravensberger Straße wird durch das beauftragte Ing. Büro Soennichsen bis Ende 2020 abgeschlossen sein. Die Pläne werden der BV Mitte Anfang 2021 vorgestellt. Anschließend erfolgt die Ausschreibung der Arbeiten. Die Durchführung der Auskleidungsarbeiten incl. Bepflanzung soll nach Möglichkeit im Jahr 2021 abgeschlossen werden.

Zu Punkt 3.2 **Festgebet zum Ende des Ramadan**

Das Sportamt teilt mit:

Das Islamische Zentrum Bielefeld e.V. hat darum gebeten, am Sonntag, 24.05.2020, zwischen 7:00 Uhr und 8:30 Uhr auf der Grünfläche Heeper Fichten das Festgebet zum Ende des Ramadan verrichten zu dürfen. Die Verwaltung hat nach eingehender Prüfung die Veranstaltung mit umfangreichen Auflagen, insbesondere

Coronaschutzmaßnahmen, genehmigt. Der Einsatz einer Beschallungsanlage wurde untersagt.

Herr Henningsen erklärt, dass vor 8:00 Uhr die Polizei, nach 8:00 Uhr das Ordnungsamt unter der Telefonnummer 51-3030 zuständig sei, sofern trotz Verbots eine Beschallungsanlage eingesetzt würde.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Teich im Bürgerpark

Herr Ridder-Wilkens teilt mit, dass das Algenwachstum im Teich des Bürgerparks wieder stark zugenommen habe. Die Algen müssten dringend von der Verwaltung entfernt werden.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Fahrradbügel am Siegfriedplatz und im Ravensberger Park (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10714/2014-2020

Es liegt weiterhin keine Antwort vor. Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung genommen.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Baumaßnahmen "Am Bach" zur Offenlegung der Lutter (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.05.2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10866/2014-2020

Text der Anfrage:

Welche Arbeiten erfolgen noch Am Bach und in der südlich angrenzenden Grünanlage?

Zusatzfrage:

An welchen Stellen sollen oberirdisch erforderliche technische Anlagen erstellt werden?

Antwort des Umweltamtes:

Zur Vorbereitung der Baumaßnahme zur Offenlegung der Weser-Lutter in der Ravensberger Straße wird in der Straße Am Bach zwischen der Neustädter Straße und dem Niederwall die Fernwärmeleitung erneuert. Diese Arbeiten werden von den Stadtwerken durchgeführt und etwa vier Monate andauern.

Ab Herbst 2020 erfolgt in der Straße Am Bach die Verlegung einer Rohrleitung, in der die Wassermenge der offen fließenden Lutter-Wasser im Park der Menschenrechte aufgenommen und bis zum nächsten offenen Gewässerabschnitt in der Ravensberger Straße transportiert werden soll. Die Rohrleitung wird an das bestehende Einlaufbauwerk im Park der Menschenrechte (nahe der Straße Am Bach) angeschlossen. In diesem Bereich sind räumlich begrenzte Umbauarbeiten erforderlich.

Darüber hinaus sind die südlich angrenzenden Grünanlagen nicht betroffen und keine zusätzlichen oberirdischen technischen Anlagen vorgesehen.

Herr Meichsner bittet um Mitteilung, welche Eingriffe in den Park der Menschenrechte erforderlich würden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Gesamtübersicht der derzeitigen Baustellen im Stadtbezirk Mitte (Antrag der CDU-Fraktion vom 05.05.2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 10848/2014-2020

Herr Henningsen stellt den Antrag [Text s. Beschluss-Ziffer 1] vor und erklärt, dass aufgrund der Vielzahl der Baustellen die Übersicht verloren gehe. Er geht darauf ein, dass vom Amt für Verkehr in früheren Jahren das Bauprogramm mit einer Vorlage bzw. in einem Arbeitsgespräch vorgestellt worden sei. Für das Jahr 2020 sei dies nicht erfolgt und sollte nachgeholt werden. Herr Meichsner ergänzt, dass zusätzlich auch die Umleitungsmaßnahmen vorgestellt werden sollten.

Nach seiner Zusammenfassung der Punkte fasst die Bezirksvertretung auf Vorschlag von Herrn Franz folgenden

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird gebeten, eine Gesamtübersicht der derzeitigen Baustellen der verschiedenen Träger im Verkehrsraum des Stadtbezirks, einschließlich der kurzfristig geplanten Vorhaben, zu geben und möglichst in einem Straßenplan darzustellen.**
- 2. Zusätzlich ist das Bauprogramm für das 2. Halbjahr 2020 vorzustellen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Aufstellung von Masten und Schildern zur Fahrradroustenausweisung innerhalb des Stadtbezirks Mitte (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 10869/2014-2020

Herr Meichsner stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Text des Antrags:

- 1. Das Amt für Verkehr wird aufgefordert, die weitere Aufstellung von Schildern mit den dazu gehörenden Masten solange einzustellen, bis sowohl die Standorte, als auch der Inhalt der Schilder auf die Notwendigkeit und deren Korrektheit überprüft worden sind.*
- 2. Das Ergebnis der Überprüfung ist an Hand einer Liste nachzuweisen.*

Er führt aus, dass bereits viele Schilder falsch aufgestellt seien und ein weiteres Aufstellen ohne vorangehende Prüfung zu unterbleiben habe.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass die Kennzeichnung der bisherigen Radrouten R1 bis R9 vielfach nicht mehr erkennbar sei. Auch die Beschilderung der alten Routen sei daher zu überprüfen und zu erneuern.

Herr Gutknecht zweifelt an, ob ein totaler Stopp vor dem Hintergrund einer ungewissen Prüfdauer sinnvoll wäre. Er spricht sich dafür aus, bis zur nächsten Sitzung anhand einer Liste oder entsprechender digitaler Pläne die Standorte vorzustellen und so überprüfbar zu machen.

Nach kurzer Abstimmung fasst die Bezirksvertretung auf Vorschlag von Herrn Franz folgenden

Beschluss:

- 1. Das Amt für Verkehr wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte im Stadtbezirk Mitte die weitere Aufstellung von Schildern mit den dazu gehörenden Masten einzustellen. Die Standorte im Stadtbezirk Mitte, als auch der Inhalt der Schilder, sind auf die Notwendigkeit und deren Korrektheit zu überprüfen.**
- 2. Das Ergebnis der Überprüfung ist anhand einer Liste oder entsprechend in digitaler Pläne nachzuweisen und dem Gremium vorzustellen.**
- 3. Die Beschilderung der alten Radrouten im Stadtbezirk Mitte ist zu prüfen und zu erneuern.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Unerledigte Punkte der vorangegangenen Tagesordnungen

Zu Punkt 6.1

Umgestaltung des Jahnplatzes – Vorstellung Entwurfsstand Beleuchtungskonzept

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10721/2014-2020

Herr Homburg vom ausführenden Planungsbüro stellt mit einer Präsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] die Konzeptplanungen vor und beantwortet Verständnisfragen.

Herr Gutknecht begrüßt das Seilleuchtsystem und fragt nach, ob hier extra gefertigte Spezialleuchten verwendet würden und ob für diese auch in zehn Jahren die Versorgung mit Ersatzteilen sichergestellt sei. Ebenfalls bittet er um Auskunft, ob das in Auftrag gegebene Werbekonzept bei der Erstellung des Lichtkonzeptes berücksichtigt worden sei und wie die Radwege beleuchtet würden.

Herr Meichsner zeigt sich ratlos und vermisst in dem Konzept Aussagen zum in der Umgebung durch Werbeanlagen und Schaufenster erzeugten Licht. Ihm sei weder der Auftrag klar, noch für welchen Bereich das Lichtkonzept entworfen sei. Seit über 20 Jahren habe die Verwaltung den Auftrag, eine Lichtwerbekonzeption zu entwickeln. Er möchte wissen, ob es für das Beleuchtungskonzept Jahnplatz in dieser Hinsicht Vorgaben gebe.

Herr Suchla erklärt, dass er dem Vortrag hätte entnehmen können, dass die Altstadt-Neustadt-Achse lichttechnisch betont werde und für ihn der Auftrag nachvollziehbar sei. Er begrüße den heute vorgestellten Planungsstand und spreche sich für die Seilsystem-Variante aus.

Herr Henningsen nennt das Konzept mit der Seilüberspannung ausgesprochen gelungen. Einzelfragen müssten noch überdacht werden.

Herr Langeworth sieht Einigkeit darin, dass die Seilüberspannung der richtige Weg sei und fragt nach, ob die Position der sechs Befestigungsmasten bereits feststehe. Ebenfalls möchte er wissen, wie die Alcina-Uhr beleuchtet werde und ob bei den Lampen Farbwechsel möglich seien. Die in dem Konzept gezeigten, beleuchteten Bänke bittet er näher zu erläutern.

Herr Homburg erklärt, dass diese Bänke nicht zu Beleuchtungszwecken aufgestellt würden, sondern nur beispielhaft dargestellt werden sollte, wie das zukünftige Mobiliar in das Lichtkonzept einbezogen werden könnte. Zum Thema Haltbarkeit verweist er darauf, dass die LED-Technik sehr schnelllebig und nicht mit der herkömmlichen Lampenkörper-Leuchtmittel-Kombination vergleichbar sei. Denkbar sei, den Hersteller durch langjährige Nachlieferungsverträge entsprechend zu verpflichten. Natürlich werde es einen Unterschied zwischen dem vorgegebenen Funktionslicht für den Verkehrsraum und dem dekorativen Licht für den Gesamtbereich geben. Farbiges Dekor-Licht sei nur ausnahmsweise zu besonderen Anlässen wie beispielsweise dem Leinewebermarkt angedacht.

Zur Nachfrage von Herrn Meichsner erklärt Herr Preissler (Amt für Verkehr), dass vor der Sommerpause der Ausbaustandard zu beraten bzw. zu beschließen sei und nach der Sommerpause die Vergabe erfolge.

Herr Franz weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Mitte zu beteiligen sei.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Fortsetzung Stadtteilkoordination ab Mitte 2020

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10353/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Neuregelung der Verkehrsführung in der Falkstraße zwischen Turnerstraße und August-Bebel-Straße (Stadtbezirk Mitte)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10539/2014-2020

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 6.4 Sanierung des Jugendzentrums KAMP - Mündlicher Bericht (Vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung zur Sitzung 19.03.2020)

Frau Aron (Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention) berichtet, dass die Frist für die Fördermittel zur Sanierung des Jugendzentrums (JZ) um ein Jahr verlängert worden sei. Mit der Fertigstellung des Objekts werde im April 2021 gerechnet und damit befände man sich noch passend in der Förderperiode. Die Falken hätten mit Blick auf die Coronakrise ihr Angebot digital umgestellt und würden derzeit auch direkt in den Quartieren Jugendliche aufsuchen. Darum könnte keine zusätzliche Verstärkung für den „Grünen Würfel“ zur Verfügung gestellt werden. Dennoch sei mit den vorhandenen Personalkapazitäten eine Eröffnung in kleinerem Rahmen geplant.

Herr Gutwald bedauert, dass bereits im Februar in der Lokalpresse über die Situation der Sanierungsmaßnahmen im JZ Kamp berichtet worden sei, nicht aber zeitnah in der Bezirksvertretung Mitte. Er bittet um Auskunft, ob das JZ Möhre als Ausweichquartier genutzt werde.

Frau Aron berichtet, dass im JZ Möhre derzeit - entsprechend der aktuellen Möglichkeiten - Angebote stattfinden, die momentan im JZ Kamp nicht realisierbar seien. Zur Nachfrage zum geplanten Jugendbus teilt sie mit, dass es dazu derzeit keine Perspektive gebe.

Auf Nachfrage von Herrn Tewes gibt Frau Aron die Einschätzung, dass das Angebot gut angenommen werde. Dennoch sei dies nun eine Phase des Ausprobierens und daraus ergebe sich, dass vieles noch umgestellt würde.

Herr Meichsner weist auf das unter Denkmalschutz stehende Gebäude hin und bittet mit Blick auf das bisher gezeigte Nutzungsverhalten, die beteiligten Personen dahingehend zu sensibilisieren, pfleglich mit dem Objekt umzugehen. Frau Krüger schließt sich an und ergänzt, dass sie im Dach ein riesiges Loch entdeckt habe, das bei Regen trotz Entkernung des Innenraums gewiss zu weiteren Schäden an der Substanz führen werde.

Frau Aron sichert zu, diese Hinweise an den Immobilienservicebetrieb weiter zu geben.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.5

Sachstandsbericht zum Emil-Groß-Platz (Vgl. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung zur Sitzung 19.03.2020)

Herr Gutknecht erklärt im Rahmen einer Stellungnahme, dass er die Antwort der Verwaltung nicht nachvollziehen könne. Es gebe dazu eine Arbeitsgruppe und die Zurückstellung der Planungen aufgrund der Jahnpplatzumgestaltung sei für ihn nicht nachvollziehbar. Der Emil-Groß-Platz sei von den Umleitungsverkehren nicht betroffen. Auch die Anwohnerschaft, aus der die Anregung gekommen sei, sei frustriert, dass es nun eine weitere „Hängepartie“ gebe.

Herr Henningsen erklärt, dass es sinnvoll gewesen wäre, wenn Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte bei dem Ortstermin mit dem Vorsitzenden des Behindertenbeirats anwesend gewesen wären. Er erwarte, dass die Standorte für Behindertenparkplätze der Bezirksvertretung Mitte mitgeteilt würden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/85.01 „Lebensmitteleinzelhandel Stadtheider Straße“ für das Gebiet südöstlich der Bahntrasse und westlich der Stadtheider Straße im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB

- Stadtbezirk Mitte -

- Aufstellungsbeschluss

- Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligungsschritte

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10375/2014-2020

Herr Tacke vom ausführenden Planungsbüro stellt mit einer Präsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] die Planungen vor. Er hebt dabei hervor, dass die Lärmbelastung aus dem Umfeld, wie beispielsweise die Eisenbahnlinie und die anliegenden Gewerbebetriebe, eine Wohnbebauung sehr erschweren würde. Insbesondere durch den Betrieb des Ringlokschuppens würden abends und nachts Lärmemissionen entstehen.

Für Herrn Gutknecht ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stellplatzproblematik nur dahingehend gelöst werde, dass in die Fläche gegangen werde. Hier müsse eine Lösung gefunden werden, die mit weniger Flächenverbrauch verbunden sei. Es könnte über eine Parkpalette oder eine Tiefgarage nachgedacht werden. Eine Betrachtung der gesamten Fläche zwischen Schillerstraße und der Straße Am Lehmstich wäre angezeigt gewesen. Auch im Umfeld der Bahn befände sich vier- bis fünfgeschossige Wohnbebauung. Er gehe nicht davon aus, dass bei der Erstellung der Lärmkarten zukünftige Schallschutzmaßnahmen der Deutschen Bahn AG berücksichtigt worden seien. Bezugnehmend auf die Lidl-Studie „Die Reurbanisierung des Lebensmitteleinzelhandels“ weist er darauf hin, dass sich der Konzern durchaus andere Wege bei der Ansiedlung von Einzelhandelsstandorten vorstellen könne und diese Studie bei dem Entwurf des Bebauungsplanes hätte einbezogen werden sollen. Zudem gebe es einen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses (StEA) zur Ansiedlung des Einzelhandels, der in dieser Planung keine Berücksichtigung fände.

Herr Tacke erklärt, dass zur Erstellung des Bebauungsplanes nur bestehende Lärmschutzvorrichtungen berücksichtigt worden seien. Natürlich gebe es in Bielefeld im Bestand zahlreiches Wohnen entlang von Bahnlinien, ein neuer Bebauungsplan sei aber vor dem Hintergrund aktueller gesetzlicher Vorgaben zu sehen. Ebenfalls würde eine Wohnbebauung die umliegenden, lärmemittierenden Gewerbebetriebe wie beispielsweise den Ringlokschuppen mit den Abendgästen einschränken. Frau Rose (Bauamt) ergänzt, dass hier eine Einzelfallentscheidung zu diesem speziellen Standort zu treffen sei. Die von Lidl entwickelten Konzepte könnten an anderen Standorten bei Neubebauungen eher verwirklicht werden als in diesem bereits vorhandenen Bebauungsgebiet.

Herr Franz zählt die vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Prüfkriterien auf und vermisst dazu Aussagen in der Vorlage.

Herr Suchla begrüßt, dass durch die Ausweisung von Parkplätzen an dieser Stelle das Quartier, insbesondere bei Abendveranstaltungen des Ringlokschuppens, entlastet werde.

Herr Henningsen hält eine Wohnbebauung für schwierig und sieht bei einer Vergrößerung der Kubatur, zum Beispiel verbunden mit einer Parkpalette, in Bezug auf das denkmalgeschützte Gebäude des Ringlokschuppens eine besondere Problematik.

Herr Meichsner verweist auf die anliegenden Gebiete und die dort vorhandene Wohnstruktur. Darauf beziehe sich beispielsweise die INSEK-Maßnahme für den Nicolaifriedhof.

Herr Gutknecht erklärt, dass für heute die erste Lesung der Vorlage vereinbart sei und die Prüfpunkte des StEA-Beschlusses dann in einer Nachtragsvorlage einzuarbeiten seien. Die Erfordernisse, um ein eingeschossiges Bauvorhaben zuzulassen, müssten genannt werden.

Dazu führt Herr Tacke aus, dass zum Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses auf der gesamten Seite 5 der Vorlage ausführlich eingegangen werde.

Frau Krüger regt an, über den Bau einer Tiefgarage nachzudenken.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage in erster Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.7 Strategie für ein zielgruppenspezifisches Streetwork

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10357/2014-2020/2

Herr Ridder-Wilkens erkundigt sich, ob die Finanzierung mit 600.000 € aus Mitteln des Integrationsbudgets nicht eine sachfremde Verwendung darstelle.

Dazu erklärt Frau Aaron (Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention), dass aus dem im Sozialdezernat gebildeten Budget die Mittelnachweise für das Land NRW bereits erfolgt seien und dies eine Öffnung für verschiedene Gruppen ermögliche, ohne dass das Kernthema Integration zurückstehe. Zur Nachfrage von Herrn Gutwald erklärt sie, dass der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion praktisch wortgleich mit einem im Sozial- und Gesundheitsausschuss gestellten Antrag sei. Da das zielgruppenspezifische Streetwork Teil dieses beantragten Gesamtkonzepts wäre, sei der Ergänzungsantrag deckungsgleich und damit unkritisch. Sie hebt hervor, dass das Sozialdezernat gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit freien Trägern gesammelt habe. Da aber insbesondere beim Thema Kesselbrink eine enge Verknüpfung mit den Schnittstellen Ordnungsamt und Polizei vorteilhaft sei, empfehle man für dieses Streetwork zunächst eine Durchführung mit eigenen Kräften. Nachdem Erfahrungen gesammelt und konkrete Anforderungen bekannt seien, könne man sich daran anschließend die Abgabe des Streetwork an einen Trägerverbund vorstellen.

Herr Langeworth erläutert zum Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion [Text s. Beschluss], dass eine aufsuchende Sozialarbeit sicherlich jetzt der richtige Weg sei. Ziel sollte eine Vernetzung der Angebote und eine langfristige Perspektive für die Zielgruppen über die Pilotphase hinaus sein. Dabei sei auch denkbar, beim Streetwork mit freien Trägern zusammen zu arbeiten. Das Streetwork sollte eingebettet sein in eine Vernetzung der sozialen Angebote. Die CDU-Fraktion befürchte ansonsten die Gefahr, dass es wieder „verpuffen“ könnte.

Herr Meichsner zitiert einen Beschluss aus dem Jahr 1978, der den Einsatz von Streetworkern am Kesselbrink beinhaltete. Er könne beim Vergleich dieser 42 Jahre auseinanderliegenden Vorlagen fast keinen Unterschied erkennen, die Probleme seien die gleichen geblieben. Er empfehle daher dringend, schnelle Untersuchungsergebnisse zu erarbeiten und ein Konzept zur Vernetzung der Angebote im Stadtbezirk Mitte zu erstellen.

Herr Suchla erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dem Ergänzungsantrag anschließen könne.

Herr Tewes gibt zu bedenken, dass zunächst Erfahrungen mit dem neu installierten Streetwork gesammelt werden müssten, bevor die im Ergänzungsantrag empfohlene Integration erfolgen könne.

Sodann lässt Herr Franz über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss folgenden Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, Streetworker*innen entsprechend des Konzepts (siehe Anlage) einzusetzen. Der Einsatz eines Streetwork-Teams erfolgt zielgruppenspezifisch im ersten Jahr im Bahnhofsumfeld, am Kesselbrink in Verbindung mit dem Ostmanturmviertel und auf dem Treppenplatz in Brackwede. Weitere Einsatzorte werden –insbesondere auch zur präventiven Intervention –identifiziert.**
- 2. Die Finanzierung erfolgt in einer Projektphase mit 600.000 € aus Mitteln des Integrationsbudgets bis einschließlich Januar 2023.**
- 3. Die überplanmäßigen bis Projektende befristeten Stellen (4,0 VZÄ, Stellen mit kw-Vermerk) werden im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention angesiedelt.**
- 4. Über die Erfahrungen mit Streetwork wird regelmäßig in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen berichtet.**

- einstimmig beschlossen -

Im Anschluss lässt Herr Franz über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich der Bielefelder Innenstadt ein Gesamtkonzept der Nutzung der sozialen Angebote zu erarbeiten und der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen. Hierin sind alle Angebote der Sozialarbeit, der Drogenprävention und der Gesundheitsberatung zu berücksichtigen.

Flankierende ordnungsrechtliche Maßnahmen als Teil des Konzepts sollen ein verträgliches Miteinander im Innenstadtbereich gewährleisten und Hilfsbedürftige auch auf die sozialen Angebote verweisen.

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.8 Von den entscheidungsbefugten Gremien bereits beschlossene Vorlagen

Zu Punkt 6.8.1 Veränderungsbedarf bei den Standorten Gemeinsamen Lernens (GL) an Grundschulen in Bielefeld; hier: Schulträgerzustimmung gemäß § 20 Abs. 5 Schulgesetz NRW (SchulG NRW) zu Einrichtung bzw. Widerruf des GL

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 10184/2014-2020

Frau Heckeroth bringt in Erinnerung, dass diese Schulen einst geschlossen werden sollten und begrüßt, dass nach Abwendung der Schließung diese nun GL-Schulen würden.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.8.2 Verstärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Begegnungszentren

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 10339/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 6.8.3 Umsetzung der Mobilitätsstrategie
hier: Erstellung einer Fußverkehrsstrategie**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10420/2014-2020

Herr Meichsner erklärt, dass es Zeit werde, die vielen unterschiedlichen Konzepte zusammen zu führen und durch eine Stelle zu koordinieren. Herr Gutknecht und Herr Franz schließen sich an.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 6.8.4 Erneuerung der DB Brücke Von-der-Recke-Straße
Hier: Wiederinbetriebnahme der Buslinie 27 in der Wertherstraße**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10506/2014-2020

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass die Fraktion Die Linke die neue Linienführung ablehne, da der Siegfriedplatz nicht mehr direkt angefahren werde und körperlich beeinträchtigte Menschen an der Rudolf-Oetker-Halle umsteigen müssten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 6.8.5 Umbau der Heeper Straße zwischen Teutoburger Straße und Am Venn
Hier: Neuausrichtung der Planung**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10737/2014-2020

Herr Henningsen sieht ungeklärte Probleme bei der Vorzugsvariante 3. So gebe es für den Verkehr während und nach der Baumaßnahme kein Gesamtkonzept. Vor einer Beschlussfassung sollte auf die Sorgen der Einwohnerinnen und Einwohner des „5. Kantons“ vor Verdrängungsverkehren eingegangen werden. Er befürchte, dass aufgrund der beabsichtigten Pulkführerfunktion der Busse und der zahlreichen Ampeln die Heeper Straße künftig nur noch aus Pulks bestehe. Da nach seiner Kenntnis zudem der Ausbau der Kreuzung Huberstraße ohne Beteiligung der Bezirksvertretung Mitte beschlossen worden sei, sehe er insgesamt keinen Dringlichkeits- bzw. Handlungsbedarf. Im Zusammenhang mit der Jahnplatzumgestaltung stünden noch mindestens drei Jahre zur Verfügung.

Herr Franz erläutert, dass die bisherige Entscheidung zum Ausbau der Heeper Straße, an der auch die Bezirksvertretung Mitte beteiligt war, von der Verwaltung zurückgezogen worden sei. Die jetzige Vorlage verhalte sich zu einer Neuausrichtung der Umbauplanung auf Basis der Variante 3. Damit würde noch keine Aussage zu den Details getroffen.

Herr Gutknecht ergänzt, dass der Stadtentwicklungsausschussbeschluss beinhalte, die Umsetzungsplanung in allen Gremien vorzustellen.

Herr Franz bittet mit Zustimmung von Herrn Meichsner in der Niederschrift festzuhalten, dass die CDU-Fraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt die vorgestellte Entwurfsplanung mit der Variante 3 als verfrüht und unausgeprochen ablehne.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 (Blüh-)Wiesenkonzept der Grünunterhaltung im Umweltbetrieb

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10430/2014-2020

Herr Finke (Umweltbetrieb) stellt das Blühwiesenkonzept vor und erklärt, dass es neben den bereits jetzt feststellbaren Ergebnissen eines längeren Zeitraums bedürfe, um weitere Auswirkungen erkennen zu können. Die Stadt Bielefeld beteilige sich an dem Label-Verfahren „StadtGrün naturnah“ und nehme mit dem Blühwiesenkonzept ebenfalls an einem Bundeswettbewerb teil.

Zur Nachfrage von Herrn Henningsen bestätigt er, dass auch weiterhin beabsichtigt sei, auf Verkehrsinseln bzw. am Straßenbegleitgrün auf Kurzmahd zu verzichten und stattdessen Blühflächen zuzulassen. Diese würden sehr gut angenommen, seien weniger pflegeintensiv und damit auch kostengünstiger. Zukünftig würden dort regionale, vom naturwissenschaftlichen Verein akzeptierte Saadmischungen eingesetzt.

Herr Meichsner fragt nach der Umsetzung des erweiterten Beschlusses vom 13.06.2019 der Bezirksvertretung Mitte zu einem Antrag der Fraktion Die Linke, ein ganzjähriges Angebot an Insekten zu machen. Herr Finke erklärt, dass der Beschluss umgesetzt worden sei und führt dazu aus, dass an vielen Stellen Neophyten eingebracht worden seien und die Pflanzpläne darauf ausgelegt seien, von März bis Oktober für Insekten etwas anzubieten. Im Rahmen des Label-Verfahrens prüfe man die Gehölzarten und ziele darauf ab, über das ganze Jahr für Insekten Möglichkeiten zu bieten.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 Ganzheitliche Schulentwicklungsplanung: Entwicklung von Szenarien für die Grundschulstandorte

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 10681/2014-2020

Frau Heckerroth fragt nach der baulichen Ausgestaltung sowie den Auswirkungen der Erweiterung der Schulgrenzen und erkundigt sich, wie die Schulleitungen zu den Plänen stünden.

Herr Kunert (Amt für Schule) berichtet, dass Detailfragen erst später beantwortet werden könnten. Der ganzheitliche Schulentwicklungsplan stelle die grobe Richtung dar und der Gesamtbedarf müsse zunächst festgestellt werden. Für den Schulbereich Mitte-West ließe sich der Bedarf entweder an der Diesterwegschule oder der Bückardtschule abdecken. Wo welche Bedarfe abgedeckt würden, könnte in einem zweiten Schritt geklärt werden. Sollte dies an der Diesterwegschule erfolgen, müsse über den Schuleinzugsbereich nachgedacht werden.

Frau Heckeroth erklärt, dass ohne Detailkenntnisse keine Entscheidung getroffen werden könne, welche Schule bevorzugt werden solle. An beiden Schulen seien die baulichen Möglichkeiten begrenzt.

Herr Kunert führt aus, dass man sich in einem mehrstufigen Verfahren befände und unverbindlich beim Immobilienservicebetrieb nachgefragt habe, welche baulichen Möglichkeiten an den Schulen denkbar seien. Auch wenn nach einem Abwägungsprozess zunächst die Diesterwegschule bevorzugt werde, seien Anregungen oder Änderungsanträge im laufenden Verfahren möglich. Ferner müsse in einem weiteren Schritt Finanzierung geklärt werden.

Herr Suchla berichtet, dass er von Seiten der Diesterwegschule gehört habe, dass diese eine bauliche Erweiterung ablehne. Er schlage der Bezirksvertretung Mitte daher die Empfehlung vor, von einer baulichen Erweiterung der Diesterwegschule abzusehen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die bauliche Erweiterung der Bückardtschule (in der Anlage zur Vorlage auf Seite 67 als Variante 2 bezeichnet), gegebenenfalls mit veränderten Schulbezirksgrenzen eine Möglichkeit sei.

Frau Rosenbohm verweist auf die Schülerstruktur der Bückardtschule und hält ein pädagogisches Konzept für notwendig, sofern dort der weitere Bedarf für den Bereich Mitte-West abgedeckt werden solle.

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**
- 2. Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt im Handlungsgebiet Mitte-West von einer baulichen Erweiterung der Diesterwegschule abzusehen.**
- 3. Darüber hinaus wird empfohlen, die Variante 2, gegebenenfalls mit veränderten Schulbezirksgrenzen, zu prüfen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9 Sondermittel

Herr Franz stellt die vorliegenden Anträge kurz vor und regt an, den von der Kindertagesstätte Kamphof angefragten Betrag auf 1.000,00 € aufzurunden. In der Vorbesprechung zur Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden, Einzelvertretern und stellv. Bezirksbürgermeistern seien weitere Ideen für die Vergabe der Sondermittel gesammelt worden und würden als Liste in den nächsten Tagen verteilt werden.

Beschluss:

1. Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte der Kindertagesstätte Bökenkampstraße 1.500,00 € für die Anschaffung von Spieleteppichen zur Verfügung.
2. Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte der Kindertagesstätte Kamphof 1.000,00 € für die Anschaffung einer Fußball-Grundausrüstung (Kleinfeldtore, Bälle, Trikotsatz etc.) zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 10.1 Sachstand Umgestaltung Nicolaifriedhof

Der Umweltbetrieb teilt mit:

Am 18. März 2020 wurde das Stadterneuerungsprogramm bekannt gegeben. Damit hat die Abteilung Planung und Unterhaltung Friedhöfe im Umweltbetrieb die mündliche Zusage bekommen, dass die Maßnahme „Öffnung und Neugestaltung des Nicolaifriedhofs in einen naturnahen Friedhofspark“ die beantragte Förderung erhält. Den offiziellen Zuwendungsbescheid hat die Abteilung allerdings noch nicht erhalten. Parallel dazu wurde für die Leitungsphasen 4 bis 8 ein externes Landschaftsarchitekturbüro ausgewählt und ein Architektenvertrag aufgesetzt. Das Büro soll noch in der 20 KW. den Auftrag für die obigen Leistungsphasen erhalten. Die Beauftragung ist lt. Bauamt, Abteilung Gesamträumliche Planung und Stadtentwicklung, auch ohne Vorliegen des offiziellen Zuwendungsbescheids möglich. Die Ausführungsplanung wird, wie in der Sitzung der BV Mitte am 12.09.2019 zugesagt, den zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Meichsner erklärt, dass es wünschenswert gewesen wäre, dass die Verwaltung vor Beauftragung eines externen Landschaftsarchitekturbüros in der Bezirksvertretung Mitte noch einmal darlegt, „was denn eigentlich da passieren soll“.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Franz
Bezirksbürgermeister

Tobien
Schriftführer